



Frühzeitige Beteiligung der Bürger



## Min. Bäumer besucht die Halde

Hans Otto Bäumer (\* 26. Dezember 1926 in Velbert; † 24. November 1998 in Düsseldorf) war ein deutscher Gewerkschafter und Politiker (SPD).

1981



# SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

## STADTVERBAND HERTEN

4352 Herten, den 06.02.1981

Willi Wessel  
Reener Straße 35  
Tel.: 02366/51069

Bürgerinitiative  
"Halde" Herten  
zHd Herrn Dieter Schüller  
Neustraße 33

4352 Herten

*Einf.  
12/2.81* *OL\**

Stellungnahme des SPD-Stadtverbandes Herten zum "Rahmen-  
konzept Bergehalden" des Regierungspräsidenten in Münster

Sehr geehrte Damen und Herren!

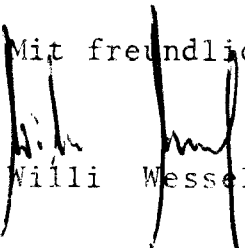
Der SPD-Stadtverband hat sich auf seinem außerordentlichen  
Stadtverbandsparteitag am 18. Januar 1981 eingehend mit dem  
"Rahmenkonzept Bergehalden" und seinen Auswirkungen auf die  
Stadt und ihre Umgebung beschäftigt.

Mit überwältigender Mehrheit hat er den anliegenden Beschluß  
gefaßt und die SPD-Fraktion aufgefordert, ihn zum Gegenstand  
ihrer Stellungnahme bei der abschließenden parlamentarischen  
Beratung zu machen.

Ich gehe davon aus, daß der Beschluß in seinen wesentlichen  
Teilen in die vom Rat der Stadt Herten zu beschließende Stel-  
lungnahme einfließen wird.

Einen Abdruck des Beschlusses überreiche ich hiermit zur ge-  
fälligen Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen



Willi Wessel MdL

5 Kopien BÜ-IT 16/2.81

Dr. Junold  
Pf. Kuhn  
H. Döing / Turinski  
H. Jürgens / Holland  
H. Hoffmann

# SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

## STADTVERBAND HERTEN

Beschluß des außerordentlichen SPD-Stadtverbandspartei-  
tages vom 18. Januar 1981 im Siebenbürger Haus der Jugend  
zum Thema

Halden in Herten

---

### Präambel

Bewahrung der Menschen vor Schäden und Beeinträchtigungen,  
Schutz und Erhaltung von Landschaft und Umwelt sowie Sicherung  
und Erhaltung von Arbeitsplätzen sind wesentliche Inhalte  
sozialdemokratischer Politik.

In der Beurteilung von Haldenstandorten, Haldenformen und  
Haldenschüttungen müssen diese Forderungen als Leitlinie die-  
nen. Durch die Aktivitäten der Hertener SPD ist erstmals ein  
Konzept zur Schüttung von Halden vorgelegt worden.

### Beschluß

Mit den bisher vorliegenden Informationen und dem bisherigen  
Diskussionsstand empfiehlt der SPD-Stadtverbands-Parteitag  
der SPD-Ratsfraktion, folgende Positionen zu übernehmen:

1. Das vom Regierungspräsidenten Münster im Mai 1980 einge-  
brachte Rahmenkonzept für Bergehalden wird im allgemeinen  
und für die Planung im Bereich der Stadt Herten im beson-  
deren abgelehnt,
  - weil das Planverfahren nicht transparent ist,
  - weil keine ausreichende Begründung für die Standorte in  
Herten vorliegt,
  - weil keine Alternativstandorte angeboten werden,
  - weil die vorgesehenen Halden in Menge und Gestaltung die  
Landschaft und Stadtentwicklung negativ beeinträchtigen,

...

- weil keine Untersuchungen und Ergebnisse über die Auswirkungen dieser Halden vorliegen.
2. Wir fordern eine überregionale Entsorgung in der Verbringung von Bergematerial auf Landes- und Bundesebene. Dabei ist besonders gedacht an:
- verstärkte Verbringung untertage,
  - verstärkter alternativer Einsatz (Straßen-, Deichbau u.ä.),
  - Verbringung außerhalb des Ruhrgebietes.

Sollten diese Möglichkeiten während der vorgesehenen Schüttzeit zu einer Verringerung des Bergeaufkommens führen, so sind Schüttvolumen und Schüttzeit in Herten zu reduzieren.

Die Erforschung der Alternativen sind durch spezielle Förderung von Land und Bund sowie durch Mittel des Bergbaues zu finanzieren.

3. Wir sind bereit, über die bereits genehmigten Haldenmengen hinaus, mittelfristig weitere Schüttflächen zur Verfügung zu stellen,
- zur Sicherstellung der obengenannten überregionalen Entsorgungsplanung und,
  - weil wir die Notwendigkeit sehen, die bestehenden Betriebsplanverfahren aufzuheben und damit die geplanten 90 m-Halden zu verhindern und die verfallende Landschaft zu sanieren.

Dies gilt nur unter der Voraussetzung, daß die in Punkt 5 dieses Antrages genannten Bedingungen erfüllt sind und für die Entsorgung der in Herten fördernden Schachtanlagen Ewald und Schlägel und Eisen sowie General Blumenthal Recklinghausen und ab Mitte 1981 Consolidation Gelsenkirchen Sorge getragen wird.

4. Die Schüttflächen müssen insgesamt eine Landschaft ergeben, die den ganzen Bereich des Emscherbruches in Herten-Süd erfaßt und die Randbereiche von Recklinghausen-Hochlarmark bis hin zur Mülldeponie in Gelsenkirchen-Resse einbezieht.
5. Bedingungen, die zu erfüllen und in einem Rahmen-Betriebsplanverfahren abzusichern sind:

- 5.1 Die für das Stadtgebiet Herten genehmigten Betriebsplanverfahren müssen aufgehoben sein.
- 5.2 Die im Zuge der genehmigten Halden aufgeschütteten Haldenbauwerke sind umzuwandeln in Landschaftsbauwerke der dritten Haldengeneration (Vortrag Kleinherne) und müssen nach den Gestaltungsrichtlinien des Regierungspräsidenten ausgeführt werden. Danach darf der Schüttwinkel nicht steiler als 1 : 3, die mittlere Schütthöhe nicht höher als 26,7 m und einzelne Schütthöhenspitzen nicht höher als 80 m angelegt sein, wobei die meteorologischen Auswirkungen zu berücksichtigen sind. Diese Richtlinien sind konsequent anzuwenden. Ein landschaftspflegerischer Begleitplan, der unter Beteiligung der Stadt Herten zu erstellen ist, muß bei Plangenehmigung vorliegen, wobei die ökologischen Belange den Vorrang haben. Noch zu erstellende Gutachten über die Auswirkungen eines Landschaftsbauwerkes im Emscherbruch können negative Ergebnisse ergeben. Negative Ergebnisse müssen dazu führen, auch nach der Genehmigung des Landschaftsbauwerkes, die ursprünglich genehmigte Planung zu ändern.
- 5.3 Die Emissionswerte (Staub, Schwefeldioxyd usw.) dürfen die zulässigen Werte nicht übersteigen. Für den Einflußbereich der Halde ist eine Vermehrung der Meßanlagen zur laufenden Meßwerterfassung der Immissionen durchzuführen.
- 5.4 Der Bergetransport ist frühestmöglich auf die Schiene zu verlagern (spätestens in 2 Jahren).
- 5.5 Es ist sicherzustellen, daß in kleineren, sinnvollen Rasterabschnitten geschüttet wird, so daß bei Abbruch des Schüttvorganges ein gestalteter Landschaftsabschnitt verbleibt. Nach Abschluß eines Abschnittes muß der landschaftspflegerische Begleitplan Zug um Zug realisiert werden.

- 5.6 Es sind Schüttverfahren anzuwenden, die Lärm- und Staubbelastung und die optische Beeinträchtigung so gering wie möglich halten.
- 5.7 Im Zuge der Neugestaltung der Haldenlandschaft in Herten-Süd zu Landschaftsbauwerken ist die Hoheward-Siedlung aufzugeben. Eine mit den dort wohnenden Menschen gefundene Form der Umsiedlung ist so durchzuführen, daß den Menschen keine materiellen Verluste entstehen.
- 5.8 Die Folgenutzung der Landschaftsbauwerke Emscherbruch muß klar definiert und festgelegt werden. Es müssen Baulichkeiten für gewerbliche Nutzung wie auch für Wohnungsnutzung möglich sein, wobei die Tragfähigkeit des Untergrundes gutachtlich abgesichert sein muß. Die Entscheidung über die Nutzungsart und den Nutzungszeitpunkt der Landschaftsbauwerke muß bei der Stadt Herten verbleiben.
- 5.9 Durch das mittelfristige Angebot zusätzlicher Schüttflächen, so wie sie in Punkt 3 dieses Antrages dargestellt sind, muß gewährleistet sein, daß im Stadtgebiet Herten und unmittelbar angrenzend keine weiteren Halden und keine sogenannten Kleinaufschüttungen entstehen.
- 5.10 Über den Stand der Schüttung für die Landschaftsbauwerke in Herten-Süd ist die Stadt Herten jährlich durch einen Bericht des Oberbergamtes zu informieren.
6. Mit den Landschaftsbauwerken Emscherbruch - definiert in Punkt 4 - leistet die Stadt Herten im mittelfristigen Zeitbereich einen wesentlichen Beitrag zur Entsorgung des Bergbaues.

Als Ausgleich für die durch den Bergbau bedingten Belastungen fordern wir vom Regierungspräsidenten, vom Land Nordrhein-Westfalen und von der Bundesrepublik Deutschland verbindliche Zusagen über eine besondere finanzielle Förderung von infrastrukturellen Einrichtungen unserer Stadt, wie z.B.

- Jugendzentrum Herten-Süd,
- Modellplanung und finanzielle Realisierung für das Stadtteilzentrum Herten-Süd,
- Freizeitanlage Backumer Tal,
- Beseitigung der durch die Hühnerfarm herbeigeführten Geruchsbelästigungen,
- Verkabelung für die störungsfreie Übertragung von Rundfunk- und Fernsehprogrammen in den beeinträchtigten Bereichen im Hertener Süden.

*... die ...*

---

Empfehlung des Parteitages an die SPD-Fraktion:

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt wird aufgefordert, die im Leitantrag "Halden in Herten" unter Punkt 5.2 genannten Schüttwinkel und Schütthöhen als Maximalwerte anzusehen. In den anstehenden Verhandlungen und Beratungen sind bei Verminderung des Schüttvolumens ein Schüttwinkel von 1 : 4, die mittlere Schütthöhe von 20 m und eine Schütthöhenspitze von 60 m anzustreben.



# BÜRGERINITIATIVE „HALDE“ HERTEN

---

## STUDIE:

DIE ANALYSE DES LEITANTRAGES DER SPD ZUM THEMA HALDE und  
DER WILLENSBILDUNGSPROZESS INNERHALB DER HERTENER SPD

BI-Halde:

Dr. med. A.Junold

Pfarrer E.Kuhn

Eheleute Halfmann (Lehrer(in))

G. Döring,

Rudi Turinski (SPD)

J. Jürgens

H.H. Holland

D.Schüller

1

---



März 1981

## Gliederung:

|       |  |       |
|-------|--|-------|
|       | Vorwort .....  | S. 1  |
| I     | Analyse des Leitantes zum Thema "Halden in Herten" der SPD ....  | S. 2  |
| 1.    | Die Zielsetzung des Leitantes .....  | S. 2  |
| 1.1   | Ermittlung der zentralen Textstellen des Leitantes .....   | S. 2  |
| 1.2   | Inhaltliche Analyse der Präambel .....   | S. 2  |
| 1.3   | " Technische Anleitung zur Aufschüttung von Halden " .....   | S. 3  |
| 1.4   | Die Empfehlungen des Parteitages .....   | S. 3  |
| 2.    | Formale oder inhaltliche Ablehnung des Rahmenkonzepts durch den<br>Leitantes ? .....   | S. 4  |
| 2.1   | "Überregionale Entsorgung" .....   | S. 4  |
| 3.    | Zusammenfassung der Analyse des Leitantes .....  | S. 6  |
| II    | Der Willensbildungsprozeß innerhalb der Hertener SPD .....   | S. 7  |
| 1.    | Die ersten öffentlichen Stellungnahmen zum Rahmenkonzept des Regie-<br>rungspräsidenten durch die SPD-Fraktion bis zum August 1980 ..... | S. 7  |
| 2.    | Das Thesenpapier zum Thema "Halden in Herten" vom 24.11.1980 .....   | S. 9  |
| 3.    | Der Entwurf zum Leitantes für den Stadtverbands-Parteitag am 18.<br>1. 1981 ( Stand vom 16.12.1980 ) .....                               | S. 10 |
| 4.    | Politische Strategien bei der Durchsetzung umstrittener Inhalte ..   | S. 10 |
| 4.1   | Durchsetzung von Inhalten durch Falschinformation .....  | S. 10 |
| 4.2   | Die Herrschaftstechnik der "negativen Integration" .....   | S. 11 |
| 4.2.1 | Der Bergbau als Buhmann .....  | S. 11 |
| 4.2.2 | Der " Tendenzbeschluß " .....  | S. 12 |
| 5.    | Zusammenfassung und Bewertung .....  | S. 13 |

## Vorwort

Am 12.2.1981 ging bei der Bürgerinitiative "Halde" die Stellungnahme des SPD-Stadtverbandes Hertens zum "Rahmenkonzept Bergehalden" des Regierungspräsidenten in Münster ein.

Bürgermeister Willi Wessel hebt in seinem Begleitschreiben hervor, daß "der Beschluß in seinen wesentlichen Teilen in die vom Rat der Stadt Hertens zu beschließende Stellungnahme einfließen wird." Auch die Tatsache, daß dieses Papier am 21. März 1981 in Waltrop auf dem SPD-Unterbürgermeisterparteitag in Form eines Leitantrages wieder zur Beratung ansteht, hat die Mitglieder der "Bürgerinitiative Halde" veranlaßt eine Studie zu diesem Papier zu erarbeiten.

In dieser Studie sollen wesentliche, die Bürger Hertens interessierende Fragen beantwortet werden.

1. Welche Interessen kommen im Leitantrag der SPD zum Ausdruck ?
2. Wie ist der Willensbildungsprozeß innerhalb der SPD Hertens verlaufen ?

Diese Grundfragen sollen anhand von Originaltexten und Stellungnahmen der SPD und anhand von Berichten der Tagespresse beantwortet werden.

Um die Interessen, die in dem Leitantrag der SPD zum Ausdruck kommen, identifizieren zu können, soll im ersten Hauptabschnitt der Studie, durch eine formale und eine inhaltliche Textanalyse des Leitantrages, die Zielsetzung des Leitantrages bestimmt werden. Daraus sind Schlußfolgerungen zu ziehen, welchen Interessen diese Zielsetzung dient.

Im zweiten Hauptteil der Studie soll dem Willensbildungsprozeß innerhalb der SPD nachgegangen werden. Als Grundlage bieten sich die Stellungnahmen und Thesenpapiere an, die dem aktuellen Stand der Diskussion innerhalb der SPD zu den jeweiligen Zeitpunkten entsprechen. Um keinen Fehleinschätzungen zu unterliegen, sollen außerdem Diskussionen um den Leitantrag in der Öffentlichkeit mit herangezogen werden.

# I Analyse des Leitantes zum Thema "Halden in Herten" der SPD

## 1. Die Zielsetzung des Leitantes

Texte, zumal politische Texte wie der Leitanspruch, verfolgen eine bestimmte Zielsetzung. Diese Zielsetzung - oder auch das Hauptanliegen dieses Textes - kann durch unterschiedliche Methoden bestimmt werden. In dieser Arbeit soll, der Klarheit und des besseren Verständnisses wegen, eine formale und eine inhaltliche Analyse des Leitantes vorgenommen werden.

### 1.1 Ermittlung der zentralen Textstellen des Leitantes

Das fünf Seiten umfassende Papier ( ohne das Begleitschreiben ) ist in eine Präambel, sechs Gliederungspunkte und einen Zusatzteil, die Empfehlungen des Parteitages, unterteilt. Neben der Präambel und dem extra kenntlich gemachten Zusatzteil am Ende des Papiers, fällt der Gliederungspunkt 5 durch zwei bemerkenswerte Tatsachen auf:

1. Der Punkt 5 ist als einziger Punkt untergliedert ( von 5.1 bis 5.10 ).
2. Der Punkt 5 nimmt den größten Raum von allen Gliederungspunkten ein ( 2 von 5 Seiten ).

Daraus ist zu schließen, daß diesem Gliederungspunkt eine besondere Bedeutung innerhalb des gesamten Papiers beigegeben wird. Eine anschließende inhaltliche Analyse hat diese formale Analyse zu bestätigen.

### 1.2 Inhaltliche Analyse der Präambel

In der Präambel stellen die Verfasser fest, daß die "Bewahrung der Menschen vor Schäden und Beeinträchtigungen, Schutz und Erhaltung von Landschaft und Umwelt sowie Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen" wesentliche Inhalte sozialdemokratischer Politik sind.

Welche dieser Inhalte auf die nachfolgenden Punkte angewendet werden, geht nicht aus dem Text hervor. Das bedeutet, daß die "Inhalte sozialdemokratischer Politik" nicht Gegenstand dieser Stellungnahme sind.

Gegenstand der Stellungnahme sind Forderungen "in der Beurteilung von Haldenstandorten, Haldenformen und Haldenschüttungen." Diese Forderungen sind als Leitlinie gedacht und haben einen bestimmten Verpflichtungscharakter, der in dem Wort "müssen" (1) zum Ausdruck kommt. Die angesprochenen Forderungen sind im Punkt 5 des beschlossenen Leitantes zu finden.

Die formale Analyse wird also durch die inhaltliche Analyse gestützt.

---

(1) " In der Beurteilung von Haldenstandorten, Haldenformen und Haldenschüttungen müssen (!) diese Forderungen als Leitlinie dienen." ( Präambel )

### 1.3 "Technische Anleitung zur Aufschüttung von Halden"

Im Punkt 5 finden sich "die Bedingungen, die zu erfüllen und in einem Rahmen-Betriebsplanverfahren abzusichern sind" (2), um eine Haldenschüttung nach einer vorgegebenen Definition vornehmen zu können.

Die Definition der Halde als "Landschaftsbauwerk Emscherbruch" ist im Punkt 4 formuliert. Es heißt dort:

"Die Schüttflächen müssen insgesamt eine Landschaft ergeben, die den ganzen Bereich des Emscherbruchs in Herten-Süd erfaßt und die Randbereiche von Recklinghausen-Hochlarmark bis hin zur Mülldeponie in Gelsenkirchen-Resse einbezieht." (3)

Neben allgemeinen Bedingungen, die Vorleistungen des Bergbaus erfordern (4), beinhaltet der Punkt 5 vor allem Anleitungen technischer Art, die normalerweise in Betriebsplanverfahren abgesichert werden. Der Punkt 5 nimmt damit das Betriebsplanverfahren im politischen Vorfeld vorweg. Die geforderten Zugeständnisse des Bergbaus sind so banal und trivial, daß sie eigentlich selbstverständlich sein müßten. Es ist z.B. selbstverständlich, daß die Emissionsrichtwerte eingehalten werden müssen. Immerhin sind diese Werte gesetzlich im Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) geregelt. Die Forderung nach einer Vermehrung der Meßanlagen "zur laufenden Meßwerterfassung der Immissionen" verhindert Immissionen nicht. Auch unverständlich ist die Forderung, daß Schüttverfahren anzuwenden sind, "die Lärm- und Staubbelastigung und die optische Beeinträchtigung<sup>(?)</sup> so gering wie möglich halten." (5)

Der Punkt 5 des Leitantes bestätigt insgesamt die Einschätzung in der Präambel, daß es sich bei dem Leit Antrag um ein Konzept zur "Schüttung von Halden" handelt.

### 1.4 Die Empfehlungen des Parteitages

Die Empfehlungen des Parteitages an die SPD-Fraktion beziehen sich auf Anweisungen, die im Punkt 5 zu finden sind und ebenfalls technischer Art sind. Die Diskussion auf dem Parteitag am 18.1.1981 bestätigt damit ausdrücklich die überragende Bedeutung der Bedingungen für die Aufschüttung von Halden.

Nach der Einschätzung des Verfassers hätten die Kommunalpolitiker Einsicht in das bestehende Betriebsplanrahmenkonzept nehmen sollen, dort wäre ihnen deutlich geworden, daß die (auch berechtigten!) Forderungen im Betriebsplanverfahren besser aufgehoben gewesen wären, als in einer politischen Stellungnahme zum Haldenproblem.

---

(2) Leit Antrag, S. 2

(3) Ebda, S. 2

(4) z.B. die Aufhebung des genehmigten Betriebsplanverfahrens in 5.1

(5) Ebda, S. 4

## 2. Formale oder inhaltliche Ablehnung des Rahmenkonzepts durch den Leitantrag ?

In Punkt 1 des Leitantrages wird das Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten für die "Planung im Bereich der Stadt Herten (...) abgelehnt". (6) Die Begründung der Ablehnung erfolgt ausschließlich nach formalen Kriterien: " ... weil das Planverfahren nicht transparent (?) ist, weil keine ausreichende Begründung für die Standorte in Herten vorliegt, weil keine Alternativstandorte angeboten werden, weil die vorgesehenen Halden in Menge und Gestaltung die Landschaft und Stadtentwicklung negativ beeinträchtigen, weil keine Untersuchungen und Ergebnisse über die Auswirkungen dieser Halden vorliegen." (7)

Nicht die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Konzept des Regierungspräsidenten führt zur Ablehnung, sondern weil ganz bestimmte Modi nicht eingehalten werden. Das lediglich Gründe für die Ablehnung genannt werden, die nichts mit der Zielsetzung des Regierungspräsidenten - die Entsorgung (?) des Bergbaus - zu tun haben, läßt vermuten, daß zwischen Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten und dem Leitantrag der Hertener SPD inhaltliche Übereinstimmung besteht. Dies soll am Beispiel des Begriffes "überregionale Entsorgung" verifiziert werden.

### 2.1 "überregionale Entsorgung"

Der Begriff "überregionale Entsorgung" taucht in dem Leitantrag insgesamt zwei-mal auf und zweimal ohne den Zusatz "überregional", wobei beide möglichen Formulierungen synonym benutzt werden. Die Erläuterung des Begriffs in Punkt 2 führt an, daß bei "überregionaler Entsorgung" an "verstärkte Verbringung untertage" (8), "verstärkter alternativer Einsatz (Straßen - ,Deichbau u.ä.)" und "Verbringung außerhalb des Ruhrgebietes" gedacht wurde.

Im Punkt 3 heißt es im Zusammenhang mit der "überregionalen Entsorgung":

" Wir sind bereit, über die bereits genehmigten Haldenmengen hinaus, mittelfristig weitere Schüttflächen zur Verfügung zu stellen, zur Sicherstellung der oben genannten überregionalen Entsorgungsplanung." (9)

Abgesehen von der "verstärkten Verbringung untertage", die absolut fehl am Platz ist, offenbart sich ein nicht zu überbrückender Widerspruch zwischen den beiden Erklärungen. Dabei bezieht sich die "oben genannte überregionale Entsorgung" doch direkt auf die erste Erklärung.

Im Gebrauch des Begriffes "überregionale Entsorgung" werden zwei verschiedene Bedeu-

(6) Leitantrag, S. 1

(7) Ebda, S. 1

(8) Ebda, S. 2 , der Punkt "verstärkte Verbringung untertage" hat bei einem "überregionalen Entsorgungskonzept" nichts zu suchen, beide noch näher erläuterten Begriffsverständnisse sind mit dieser Kennzeichnung nicht zu vereinbaren.

(9) Ebda, S. 2

tungen deutlich. Einmal wird darunter verstanden, daß das Bergematerial "überregional" verbraucht wird, d.h. auch in Gegenden, die vom Bergbau sonst nicht betroffen sind. Die zweite Bedeutung kann anhand des Leitantes nicht ohne weiteres bestimmt werden.

Es soll in diesem Falle die Definition der "überregionalen Entsorgung" des Rahmenkonzepts des Regierungspräsidenten herangezogen werden. Landrat Marmulla wurde von dem CDU-Kreistagsabgeordneten Kolb danach befragt.

" Worin besteht die überregionale Planung im Konzept des Regierungspräsidenten ? Ist es nicht so, daß nur bereits bestehende Halden unangemessen ausgeweitet werden ?

Marmulla: Wenngleich der RP der richtige Adressat dieser Frage ist, so wird der überregionale Ansatz des Konzeptes in folgendem gesehen: Entsorgung aller Schachtanlagen für einen überschaubaren Zeitraum durch Standortflächensicherung."  
(10)

Diese Definition trifft auf die zweite Bedeutung des Begriffes der "überregionalen Entsorgung" in dem Leit Antrag ( Punkt 3 ) zu. Nach Kenntnis obenstehender Definition kann dieses Verständnis in dem Punkt 3 wiederentdeckt werden. Es heißt dort:

" Dies gilt nur unter der Voraussetzung, daß die in Punkt 5 dieses Antrages genannten Bedingungen erfüllt sind und für die Entsorgung der in Hertener fördernden Schachtanlagen Ewald und Schlägel und Eisen sowie General Blumenthal Recklinghausen und ab Mitte 1981 Consolidation Gelsenkirchen Sorge getragen wird."  
(11)

Die Vermutung, daß inhaltliche Übereinstimmungen des Rahmenkonzepts des Regierungspräsidenten und dem Leit Antrag der SPD Hertener bestehen, konnte damit am Beispiel des Begriffes "überregionale Entsorgung" demonstriert werden.

Auch in anderen Bereichen ließen sich Verbindungen herstellen. Zur Verdeutlichung sei nur noch darauf hingewiesen, daß beiden Konzepten gemeinsam ist, daß eine andere Verbringung des tauben Gesteins als auf Halde nicht oder nur eben angediskutiert wird. Der Irrläufer in Punkt 2 ( "verstärkte Verbringung untertage" ) kann nur aus der Diskussion der Papierverfasser mit Kritikern zustande gekommen sein, denn in dem Thesenpapier der SPD vom 24.11.1980 ist dieser Punkt noch nicht vorhanden. (12)

---

(10) Hertener Allgemeine v.20/21.12.1980 : "Nein verhindert Halde nicht"

(11) Leit Antrag, S. 2 , Hervorhebungen im Original. Diese Hervorhebungen sollte eigentlich jeden Leser mißtrauisch machen. Die Hervorhebungen zeigen, daß die Interpretation richtig ist.

(12) Vgl. Thesenpapier zur Vorlage in der SPD-Fraktion des Arbeitskreises des SPD-Vorstandes im Stadtverband Hertener zum Thema "Halden in Hertener" vom 24.11.1980, oder in der Hertener Allgemeinen vom 26.11.1980 unter dem Titel: Papier ausgearbeitet: SPD-Thesen zur Halde mit klaren Bedingungen vorgelegt.

### 3. Zusammenfassung der Analyse des Leitantrages

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß es sich bei dem Leitantrag um ein "Konzept zur Schüttung von Halden" (13) handelt.

Das Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten wird aus formalen Gründen abgelehnt und durch zusätzliche "technische" Forderungen ergänzt. Inhaltlich stimmen das Konzept des Regierungspräsidenten und der Leitantrag der Hertener SPD in Grundfragen überein.

Dies begründet die Vermutung, daß die Ablehnung des Rahmenkonzepts lediglich aus opportunistischen Gründen abgegeben wurde.

Aus den erarbeiteten Ergebnissen der Analyse sind eindeutige Rückschlüsse auf die hinter dem Leitantrag stehende Interessen möglich. Die inhaltliche Bejahung des Rahmenkonzepts, der Kern des Leitantrages als "Konzept zur Schüttung von Halden" und die Verschleierungstaktik vor der Bevölkerung zeigt, daß hier eindeutig zu Gunsten des Bergbaus Stellung bezogen wird.

Die Interessen des Bergbaus werden in dreifacher Weise berücksichtigt:

1. Es wird für die Entsorgung der Schachtanlagen Ewald, Schlägel und Eisen, General Blumenthal und Consolidation garantiert, wenn einige technische Details erfüllt werden.
2. Die technischen Forderungen basieren auf Angaben des Bergbaus ( Hinweis auf den Vortrag von Kleinherne)
3. Es wird zusätzlich zu dem im Rahmenkonzept geforderten Schüttraum weiterer westlich der Ewaldstraße angeboten.

Damit ist erwiesen, daß die Interessen der Bürger keinesfalls ausschlaggebend für die Stellungnahme im Leitantrag der SPD gewesen ist. In dem Leitantrag fehlt, wie auch im Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten der ausdrückliche Hinweis auf die Prioritäten der gesellschaftlichen Ziele, die angestrebt sind. Damit ist der Bürger nicht in der Lage zu überprüfen, ob die getroffene Entscheidung wirklich im Allgemeininteresse getroffen wurde .

---

(13) Leitantrag, S. 1, Präambel



## II Der Willensbildungsprozeß innerhalb der Hertener SPD

Wie bereits im 1. Teil dieser Studie gezeigt wurde ( 14), beeinflusste die öffentliche Diskussion den Inhalt der Stellungnahmen zum Rahmenkonzept. Auf diese Weise gelangten Widersprüche und ergänzende Ausführungen bis in den Leitantrag. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß niemals das Grundkonzept wesentlich geändert wurde.

Der Leitantrag wurde beim Stadtverbandsparteitag mit überwältigender Mehrheit angenommen. Dieses quantitative Ergebnis läßt allerdings keine Rückschlüsse darauf zu, wie dieses Ergebnis zustande gekommen ist.

Deshalb sollen die Stellungnahmen, die im Laufe der Zeit von der Hertener SPD zum Problembereich Halde abgegeben wurden, auf ihre Veränderungen, als Widerspiegelung der öffentlichen und vor allem der innerparteilichen Diskussion, untersucht werden.

### 1. Die ersten öffentlichen Stellungnahmen zum Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten durch die SPD-Fraktion bis zum August 1980

Nachdem im Juni 1980 das Rahmenkonzept des Regierungspräsidenten in Herten bekannt wurde, formierte sich zuerst der Widerstand gegen die Planung in der Hohewardsiedlung, die nach den Plänen des RP zugeschüttet werden soll. Stellungnahmen der Hertener Politiker standen ganz im Zeichen des Protests der betroffenen Siedler. In der Stellungnahme der SPD-Fraktion vom 27.6.1980 (15), abgegeben von dem Fraktionsvorsitzenden Karl Steinhart, wird darauf hingewiesen, daß die SPD " Sachwalter ihrer Mitbürger - insbesondere der Bewohner der Hohewardsiedlung " sei.

Vorsichtig taktierend wird darauf hingewiesen, daß über das Bergehaldenkonzept des Regierungspräsidenten erst dann gesprochen werden könne, wenn einige Voraussetzungen für die Umsiedlung der Hohewardsiedler und allgemeine Versäumnisse des RP erfüllt seien.

Grundsätzlich wird akzeptiert, daß Bergehalden anzuschütten sind, wenn auch mit einigen Bedingungen.

Die Mobilisierung der überörtlichen Presse und des Fernsehens durch die Hohewardsiedler und ihre geschickte Argumentation, daß die ganze Stadt betroffen sei, zwingt die SPD- Ratsfraktion nach einer Sondersitzung am 2. Juli (16) zu einer Stellungnahme, die sogar inhaltlich am Rahmenkonzept Kritik übt. In Punkt 3

---

(14) Vgl. Abschnitt 2.1 "Überregionale Entsorgung "

(15) Vgl. Hertener Allgemeine v. 27. Juni 1980: SPD-Fraktion zur Halde: Nur unter bestimmten Voraussetzungen !

(16) Vgl. Hertener Allgemeine v. 2. Juli 1980: Fraktion tagte - SPD: Halden-Konzept läßt viel vermissen

heißt es:

" 3. Die SPD-Fraktion hat 1978 mit der Ablehnung neuer Halden im Wohnbereich Bertlich ein regionales Bergehalden-Konzept gefordert. Das vorgelegte Haldenkonzept beschränkt sich jedoch im wesentlichen auf die ohnehin belasteten fördernden Bergbau-Gemeinden und läßt daher eine regionalplanerische Dimension vermissen." (17)

Diese Ansätze von Kritik hielten nicht lange vor. Der aus dem Urlaub zurückgekehrte Bürgermeister Willi Wessel wies bei einem Gespräch mit der Hertener Allgemeinen darauf hin, daß man eine Gesamtlösung gefordert habe und nun ein Konzept vorliege, daß erstmals die zu erwartenden Massen von Bergematerial anschaulich darstelle. "Insofern ist dieses Konzept für mich tragbar - ob ich damit glücklich bin, ist eine andere Sache." Es sei besser bereits belastete Gebiete weiter zu belasten als bisher unberührte Landschaften. (18)

Das dies nicht die allgemeine Meinung der SPD in Hertzen ist, zeigten Anfang Juli die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Hertzen-Mitte/Süd in einer Erklärung:

" In keinem anderen Stadtteil sind so viele Haldenaufschüttungen vorhanden wie im Hertener Süden. Es ist daher der Bevölkerung bei uns nicht zuzumuten, noch weitere Halden in Kauf zu nehmen, zumal die jetzigen Halden Emscherbruch und Hoppenbruch noch einen mittelfristigen Zeitraum für Aufschüttungen zur Verfügung stehen." (19)

Schon in der nächsten Stellungnahme der SPD-Fraktion ist von der Unzumutbarkeit der Haldenplanung gegenüber der Bevölkerung keine Rede mehr. Wichtig bleibt es festzuhalten, daß es aber in der SPD auch Mitglieder gibt, die eine Opposition in den eigenen Reihen darstellt, selbst wenn sie sich nicht soweit durchsetzen kann, daß ihre Meinung zu tragfähigen Mehrheiten innerhalb der Partei führen.

In der Stellungnahme vom 7. August 1980 (20) wird der Diskussion um die Haldenplanung soweit Rechnung getragen, daß nicht mehr so eindeutig für den Plan des Regierungspräsidenten Stellung bezogen wird. Erst wenn sich "zwingend und unabweisbar die Notwendigkeit der Großhalde Hoheward ergibt", sei man bereit die Planung des RP unter bestimmten Voraussetzungen zu akzeptieren.

Der unverhältnismäßig große Raum, der dabei den Voraussetzungen eingeräumt wird, zeigt aber, daß insgeheim diese Notwendigkeit bereits akzeptiert ist. Diese Einschätzung wird durch den Katalog notwendiger Hilfen für infrastrukturelle Maßnahmen gestützt. Für einen solchen Katalog besteht zu diesem Zeitpunkt der

- 
- (17) Hertener Allgemeine v. 2.7. 1980 : Fraktion tagte - SPD: Halden-Konzept läßt viel vermissen. WAZ v. 2.7.1980: Erneute Stellungnahme - Die Regionalplanung wird von SPD vermißt.
- (18) Hertener Allgemeine v. 23.7.1980: Nach Gespräch mit dem RP - Bürgermeister: Ich glaube, daß Hoheward-Halde kommen wird !
- (19) Hertener Allgemeine v. 5.7.1980: SPD: " Nicht zumutbar !"
- (20) WAZ v.7.8.1980 : SPD-Fraktion zu Hoheward-Halde: Umsiedlung nur im Notfall

Diskussion noch keine Notwendigkeit. Nur da bereits akzeptiert war, daß die Großraumhalde kommt, fühlte man sich dem Bürger gegenüber in der Pflicht und versuchte damit zu demonstrieren, wieviel noch für die Stadt dabei abfallen kann.

Das bedeutet aber auch in letzter Konsequenz, daß mögliche Gutachten die verlangt werden, für die Entscheidung ohne Belang sind.

## 2. Das Thesenpapier zum Thema "Halden in Hertent" vom 24.11.1980

Der Arbeitskreis des SPD-Vorstandes zum Thema "Halden in Hertent", mit den Mitgliedern Brigitte Neutze, Artur Porr, Herbert Werner, Werner Schmidtke, Heinz Preuß, Bernd Kasperek und Siegfried Hoyer, legte ein Thesenpapier am 24.11.1980 der Öffentlichkeit vor. (21)

Dieses Thesenpapier enthielt eine Fortschreibung grundsätzlicher Positionen, wie sie bereits in früheren Stellungnahmen der SPD-Fraktion formuliert wurden. Es unterschied sich im wesentlichen von der Stellungnahme von Anfang August durch die Einbeziehung der "Betrachtungen eines Ratsherren zum Problem der Haldenbauwerke in Hertent." (22) Durch die Einbeziehung der Landschaftsbauweise von Halden in die Stellungnahme der SPD-Fraktion vom 7.8.1980 mußte die Form des Papiertes total verändert werden. Anstatt der 3 Gliederungspunkte, die noch unterteilt waren, wurden nun 6 Gliederungspunkte daraus, wovon nur der 5. Gliederungspunkt nochmals unterteilt war. Dieser Entwurf kann als der Ausgangsentwurf für den im Januar 1981 verabschiedeten Leitantrag angesehen werden.

Das Thesenpapier enthielt neben der grundsätzlich positiven Stellung zum Rahmenkonzept, weitere inhaltliche Parallelen. Das Angebot Hertener Sozialdemokraten zusätzliche Schüttflächen für den Bergbau zur Verfügung zu stellen wurde im neuen Thesenpapier mit der Landschaftsbauweise legitimiert. In dem Papier vom 7. August wurde die Stadtverwaltung beauftragt festzustellen, "welche Haldenmengen noch im Hertener Süden abgelagert werden können, ohne daß dadurch unzumutbare Belästigungen der Bevölkerung entstehen, um durch begrenzte mittelfristige Bereitstellung zusätzlicher Haldenflächen Zeit zu gewinnen für die Entwicklung eines über das vorgelegte Rahmenkonzept hinausgehenden unabdingbar erforderlichen überregionalen langfristigen Haldenkonzeptes." (23)

Abgesehen davon, wie die Bedingungen aussehen, die zum Angebot weiterer Schütt-

- 
- (21) Vgl. Hertener Allgemeine v. 26.11.1980 : Papier ausgearbeitet - SPD-Thesen mit klaren Bedingungen vorgelegt
- (22) Siegfried Hoyer: Betrachtungen eines Ratsherren zum Problem der Haldenbauwerke in Hertent und auf welchem Weg sie zu Landschaftsbauwerken umgestaltet oder gestaltet werden können, Hertent 7.11.1980 Manuskript
- (23) WAZ v. 7.8.1980 : SPD-Fraktion zu Hoheward-Halde: Umsiedlung nur im Notfall und Hertener Allgemeine v. 7.8.1980: Unabweisbare Notwendigkeit nicht ausreichend nachgewiesen, Abs. 2.4

flächen führen, ist allein die Tatsache beunruhigend, daß das Angebot überhaupt gemacht wird. Vertrauen erweckend ist auch nicht, daß mit wechselndem Papier für die gleiche Sache auch die Argumente wechseln.

Das Eingehen der Hoyer-Vorstellungen in das Thesenpapier kann als Abwehrmaßnahme gegen die wachsende Kritik in den eigenen Reihen interpretiert werden. Eine große Rolle spielt dabei ein psychologisches Moment. Man kann ruhigen Gewissens die "Mammut-" oder "Superhalde" ablehnen. Man verfügt über eine freundlichere Version und man ist seiner früheren Auffassung treu geblieben. (Der Begünstigte wird es zu schätzen wissen.)

### 3. Der Entwurf zum Leitantrag für den Stadtverbands-Parteitag am 18.1.1981 ( Stand vom 16.12.1980 )

Die verstärkte Diskussion über die Großhalde, die nirgendwo ein Beispiel hat, führte im November 1980 zur Gründung der Bürgerinitiative "Halde". Die Hoyer-Fassung der geplanten Superhalde konnte die Mitglieder der Bürgerinitiative nicht begeistern. Der argumentative Schlagabtausch im Dezember wurde durch Protestkundgebungen begleitet.

Ausdruck dieser Diskussion ist der Entwurf zum Leitantrag für den Stadtverbandsparteitag. Das Thesenpapier vom 24.11.1980 wurde dafür in vielen Punkten modifiziert und ergänzt. So wurde z.B. die Ablehnung des Rahmenkonzepts des Regierungspräsidenten begründet. Die Begründung stammte aus alten Stellungnahmen.

Die vorgenommenen Korrekturen sind allerdings nur kosmetischer Art. Deshalb soll versucht werden zu begründen, weshalb die Opposition, die nachweisbar existiert, mit ihren Argumenten nur sehr schwach in Erscheinung tritt.

### 4. Politische Strategien bei der Durchsetzung umstrittener Inhalte

Neben der dauernden Behauptung führender Hertener Sozialdemokraten, daß die Halde nicht mehr zu verhindern sei, wurden auch andere Herrschaftstechniken benutzt, um die Opposition in den eigenen Reihen "unschädlich" zu machen. Drei Beispiele sollen angeführt werden.

#### 4.1 Durchsetzung von Inhalten durch Falschinformation

In einer Stellungnahme des SPD- Stadtverbandes ( 24 ) heißt es:

" Wichtigste Aussagen ( des Leitantrages, Anm.d. Verf. ) dabei sind das Hervorheben des zentralen Gedankens der Bewahrung der Menschen vor Schäden und Beeinträchtigungen sowie der Erhaltung der Arbeitsplätze." (25)

---

(24) WAZ v. 22.12.1980 : SPD-Stadtverband sagt zur Superhalde: Bewahrung der Menschen vor Schäden

(25) Ebda.

Wie bereits die Analyse im 1. Teil ergeben hat, waren genau dies nicht die wichtigsten Aussagen. Im Gegenteil wurde in der Präambel des Leitantes darauf hingewiesen, daß die "Bewahrung der Menschen vor Schäden und Beeinträchtigungen, Schutz und Erhaltung von Landschaft und Umwelt sowie Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen (...) wesentliche Teile sozialdemokratischer Politik" (26) sind. Die sozialdemokratische Politik steht im Leittrag allerdings nicht zur Diskussion.

Daß dieser nebensächliche Aspekt in der Stellungnahme vom 22.12.1980 eine solch große Rolle spielt, deutet darauf hin, daß die Öffentlichkeit und vor allem die eigenen Parteigenossen über die wirkliche Funktion des Leitantes getäuscht werden sollten.

Unangemessen ist auch der Hinweis auf die Arbeitsplätze (27), da nirgends zwingend nachgewiesen wurde, daß eventuell Arbeitsplätze bedroht werden würden, wenn keine Halde geschüttet würde. (28) Jedoch scheint hinter dieser Aussage ebenfalls System zu stecken, denn der SPD-Ortsverein Hertener-Mitte/Süd erinnerte in seiner Stellungnahme vom 5. Juli 1980 daran, wie die Zustimmung zur 90 m-Halde gegeben wurde.:

" Um Arbeitsplätze nicht zu gefährden, haben wir seinerzeit der Ewald-, Emscher- und Hoppenbruch-Halde zugestimmt. Nachdem auf dem Energiesektor ein Wandel eingetreten ist, dürfte diese Rücksichtnahme nicht mehr notwendig sein." (29)

#### 4.2 Die Herrschaftstechnik der "negativen Integration"

Bismarck brachte die Herrschaftstechnik der "negativen Integration" zu wahrer Meisterschaft. Vorwiegend durch Feindschaft gegen gemeinsame Gegner, daher unter negativem Vorzeichen, verstand er es Mehrheiten für seine Politik zu erhalten. Wie so etwas konkret aussehen kann, soll an zwei Beispielen gezeigt werden.

##### 4.2.1 Der Bergbau als Buhmann

Am 16.1.1981, am Termin der Bürgerversammlung zum Thema Halde in der Gesamtschule, in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung ein Artikel zu lesen mit der Überschrift: " Bergbau will nichts vom Kompromiß wissen: Hoyer-Plan abgelehnt." In diesem Artikel erfährt der Leser, daß die Bergbau AG Lippe es ganz

---

(26) Leitplan, S. 1 Vgl. in dieser Arbeit 1. Teil, Abschn. 1.2

(27) WAZ v. 22.12.1980 : SPD-Stadtverband sagt zur Superhalde: Bewahrung der Menschen vor Schäden

(28) Vgl. auch Leserbrief von Hans-Heinrich Holland in: WAZ v. 21.1.1981: Arbeitsplatzargument ohne Luft, bzw. Hertener Allgemeine v. 16.1.1981: Forderung nach Vollversatz

(29) Hertener Allgemeine v. 5. Juli 1980 : SPD: "Nicht zumutbar"

konsequent abgelehnt habe, die Fläche westlich der Ewaldstraße für ein Landschaftsbauwerk zu nutzen," da dieser Raum als stille Schüttreserve vom Bergbau vorgesehen ist." (30)

Nachdem diese Nachricht wider Erwarten bei der Bürger-versammlung keine große Rolle gespielt hatte, fand sie auf dem Stadtverbandsparteitag der SPD erst die richtige Würdigung. (31) Was die Stimmung für die Durchsetzung des Leitantrages, der mit nur 6 Gegenstimmen Willi Wessel eine breite Mehrheit brachte, bereitete, kann der Westdeutschen Allgemeinen vom 20.1. 1981 entnommen werden. Die WAZ zitiert Bernd Kasperek:

" Wir weisen die Angstmacherei mit den Arbeitsplätzen zurück ! Welche Arroganz und welchen Übermut besitzt der Bergbau, die Flächen zwischen der Emscherbruch-Deponie und der Ewaldstraße als 'Reservefläche' anzusehen ? Wenn der Bergbau unseren Vorstellungen für ein (Halden-) Landschaftsbauwerk nicht folgt, kommt hier kein Kilo Halde mehr nach Herten!" (32)

Die Stellungnahme des Bergbaus, ob wahr oder unwahr ( immerhin bemüht sich die RAG um das Grundstück westlich der Ewaldstraße bei der TEXACO ), hat geholfen einen umstrittenen Leitantrag durchzusetzen, der zumindest potentiell den Bergbau begünstigt.

#### 4.2.2 Der "Tendenzbeschluss"

In der Ratssitzung am 25. Februar wurde die CDU , die FDP und die uninformierte Öffentlichkeit durch einen Vorstoß der SPD-Fraktion überrascht. Unter dem neu in die Sitzung aufgenommenen Tagesordnungspunkt 8: "Durchführung des Ratsbeschlusses vom September 1980" brachte die SPD-Fraktion einen "Initiativantrag" ein , der zur Abstimmung gestellt wurde. Den Grund nennt Alfred Fusch:

" Außer widersprüchlichen Darstellungen ist von der CDU bisher nichts gekommen und ich habe den Verdacht, daß die CDU dieses Problem auf kleiner Flamme kochen will." (33)

Durch den sogenannten "Tendenzbeschluss", die SPD-Fraktion nannte drei Alternativen für den Haldenbau (34), sollte die CDU "Farbe" bekennen.

(30) WAZ v. 16.1.1981: Bergbau will nichts vom Kompromiß wissen: Hoyer-Plan abgelehnt

(31) Vgl. WAZ v. 19.1.1981: Außerordentlicher SPD-Stadtverbands-Parteitag zum Haldenproblem: Leitantrag nach heftiger Diskussion angenommen, bzw. WAZ v. 20.1.1981: Parteitag der SPD: Halden-Burgfrieden

(32) Ebda.

(33) Die Alternativen waren: 1. Halden nach Masse und Form des Rahmenkonzeptes für Bergehalden des Regierungspräsidenten vom Mai 1980; 2. Halden nach Masse und Form der genehmigten Betriebsplanverfahren für die Halden Emscherbruch und Hertenbruch, wobei von einer maximalen Schütthöhe von 60m auszugehen ist; 3. Planung von Bergehalden als Landschaftsbauwerk nach den Gestaltungsrichtlinien des Regierungspräsidenten auf größerer Schüttfläche bei geringerer Schütthöhe und verringerter Gesamtschüttmenge. (Hoyer - Plan / Leitantrag )

Die Oppositionsparteien demonstrierten, daß sie mit dem Initiativantrag nichts zu tun hatten. Die CDU verließ geschlossen den Raum und die FDP stimmte nicht mit ab.

Der Antrag wurde gestellt um festzustellen, wohin der Stadtrat in seiner Mehrheit tendiere. Dies muß wörtlich genommen werden. Wäre es tatsächlich darum gegangen festzustellen für welche Alternative die CDU votiert, hätte die Abstimmung nach dem Verlassen des Raumes der CDU-Fraktion abgesetzt werden können, da nun nicht mehr das "Ziel" zu erreichen war.

Da die Abstimmung trotzdem durchgeführt wurde, liegt es nahe zu vermuten, daß es bei dieser Abstimmung nicht darum ging die CDU auf eine Alternative zu verpflichten, sondern die eigene Fraktion - die auch brav abstimmte.

## 5. Zusammenfassung und Bewertung

Im 2. Teil der Studie konnten folgende Ergebnisse der Analyse des Willensbildungsprozesses innerhalb der Hertener SPD erarbeitet werden:

- Innerhalb der SPD existiert eine Opposition gegen den offiziellen Standpunkt, der im Leit Antrag zum Ausdruck kommt.
- Bisher war der Opposition ein Einfluß auf die grundsätzliche Haltung bei der Haldenfrage verwehrt. Nur kleinere Korrekturen am Konzept waren bisher möglich.
- Mit dem wachsenden Widerstand der Bevölkerung, der veröffentlichten Meinung und der Arbeit der Bürgerinitiative hat sich der Druck der Opposition in der Haldenfrage gegen das Parteienestablishment verstärkt.

Die letzte Schlußfolgerung ergibt sich aus den drei Beispielen der "negativen Integration". Von Fall zu Fall wird der Aufwand, der zu einheitlichem Verhalten führen soll, größer. Reichte es im Dezember 1980 noch aus mit "Fehlinterpretationen" die wirklichen Ziele zu verschleiern, mußte nach der Bürgerversammlung ein "gemeinsamer Feind" herhalten, um die notwendigen Mehrheiten herzustellen und abzusichern.

Der Kraftakt beim Tendenzbeschuß zeigt, daß es Kräfte in der SPD gibt, die nicht davor zurückschrecken den guten Ruf einer Partei aufs Spiel zu setzen, um ein Ziel durchzusetzen.

Es kann davon ausgegangen werden, daß die im Leitplan formulierten Ziele nicht mit dem Allgemeinwohl identisch sind. Begründet wird dies vor allem durch die zweifelhaften Techniken, die angewendet werden, um Stellungnahmen der eigenen Parteigenossen in eine bestimmte Richtung ( Zustimmung ) zu zwingen.

Nur durch die Anwendung dieser "Herrschaftsstrategien" ist es zu erklären, daß

nach fast einjähriger Diskussion des Problems Bergehalde das Grundkonzept der Mehrheitsfraktion im Hertener Stadtrat unverändert geblieben ist.

Die Anwendung dieser Herrschaftstechniken läßt einen guten Einblick in die inneren Verhältnisse der Hertener SPD zu:

1. Innerparteiliche Demokratie gibt es nicht. Machtverhältnisse bestimmen den Gang der Diskussion.
2. Es gibt keinen gemeinsamen Konsens was "sozialdemokratische Politik" ist. (Im Leitantrag stehen die angeführten Inhalte sozialdemokratischer Politik im totalen Gegensatz zu den Zielen des Papiers )
3. Das Solidaritätsprinzip, das aus der Tradition der Arbeiterbewegung stammt, gilt nicht mehr für die führenden Politiker der Hertener SPD.

Insgesamt ist ein desolater Zustand der Hertener SPD zu konstatieren. Die Chancen, daß sich in der SPD wieder Vernunft durchsetzt ist trotzdem groß, da die Partei über ein großes Potential politisch tätiger Demokraten verfügt. Aus der augenblicklichen Misere muß sie allerdings selbst heraus.